

Frau Ostrowski (PDS):

Dann schließt sich meine zweite Frage an. Warum respektieren Sie dann nicht, daß fast 87 % der Bürger der DDR eine NATO-Mitgliedschaft ablehnen.

(Lautstarke Proteste und Heiterkeit vorwiegend bei CDU/DA)

Dann müssen Sie die soziologischen Umfragen zur Kenntnis nehmen. Es tut mir leid, wenn Sie das nicht wissen.

(Unruhe im Saal)

(Klingelzeichen des Präsidenten)

Jelen (CDU/DA):

Ich habe wahrscheinlich zu diesem Punkt zu kurz geredet, denn ich habe diese Frage schon beantwortet.

(Unverständliche Zurufe)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Der Abgeordnete Meisel, bitte.

Dr. Meisel (Bündnis 90/Grüne):

Herr Abgeordneter! Ich weiß, daß Sie aus der christlichen Friedensarbeit kommen und bin deswegen etwas überrascht über Ihre sehr positive Bewertung der NATO. Daher meine Frage: Ist Ihnen bekannt, daß in der NATO und in dem parlamentarischen Gremium der Westeuropäischen Union ganz offen darüber diskutiert wird, daß der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 die volle Übernahme aller Verpflichtungen einschließlich der Verpflichtung, Atomwaffen auf dem Territorium der DDR zu stationieren, rechtlich beinhaltet und daß die überwiegende Mehrzahl der Partner dieses als ein verbrieftes Recht ansieht und nur der Meinung ist, daß es eine Frage der Zeit und der Geschicklichkeit wäre und, „wie sage ich es meinem Kinde“, wann man von diesem Recht Gebrauch machen kann?

Jelen (CDU/DA):

Mir ist bekannt, wie Ihnen auch, daß verhandelt wird und daß wir auf dem Territorium der DDR tatsächlich eine Armee haben werden, die außerhalb der NATO sein wird. Das wissen Sie auch. Die Dinge werden doch dann etwas anders geregelt werden können. Es ist in Verhandlung.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Bitte schön.

Pietsch (Bündnis 90/Grüne):

Eine ganz kurze Frage: Habe ich Sie richtig verstanden? Sind Sie prinzipiell gegen die verfassungsmäßig festgelegte Möglichkeit eines Volksentscheides?

Jelen (CDU/DA):

Ich bin nicht prinzipiell dagegen. Wenn es um eine Verfassung ginge, wäre es noch etwas anderes.

Pietsch (Bündnis 90/Grüne):

Sind Sie prinzipiell dagegen, daß die Möglichkeit eines Volksentscheides in einer Verfassung festgeschrieben wird?

Jelen (CDU/DA):

Ich bin nicht dagegen, aber nun muß man natürlich meine eigene Meinung unterscheiden von der Meinung einer Fraktion. Das ist nicht möglich, in so einem Gespräch die Dinge abzustimmen, wie Sie wissen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Bitte, der Abgeordnete Misseiwitz.

Dr. Misseiwitz (SPD):

Herr Abgeordneter! Würden Sie mir zustimmen, daß nach

den Vereinbarungen zwischen Kanzler Kohl und Präsident Gorbatschow, die im wesentlichen viele Bereiche betreffen, die die Bürger der jetzt Noch-DDR auch in Zukunft betreffen werden, eine Meinungsbildung der Regierung unter Einbeziehung des Parlaments notwendig wäre, auch im Hinblick darauf, daß das Regierungsprogramm hier ja bestimmte Vorgaben gemacht hat?

Jelen (CDU/DA):

Ich hoffe selber, daß wir noch Gelegenheit haben werden, wenn wir den zweiten Staatsvertrag zur Kenntnis bekommen, auch darüber zu diskutieren.

Dr. Misseiwitz (SPD):

Eine zweite Frage: Ist Ihnen bekannt, Herr Abgeordneter, daß die Zusage, die Kanzler Kohl in der Verlautbarung aus Schelesnowodsk eingeräumt hat, von seiten der Regierung der DDR bereits verbindlich gemacht worden ist hinsichtlich der NATO-Mitgliedschaft und aller Implikationen?

Jelen (CDU/DA):

Es gibt ja für das Territorium der DDR eine Ausnahmeregelung, und die ist in der Tat in Verhandlung, und darum kann man natürlich diesen Vereinbarungen zustimmen. Sie sind ja nicht bis ins einzelne ausdiskutiert und ausgeführt.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Ich möchte, bevor ich den nächsten Redner aufrufe, eine Ansage machen. Der Medienausschuß möchte sich bitte um 17.00 Uhr mal rechts außen draußen im Foyer versammeln.

Als nächster spricht für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Kamilli.

Kamilli für die Fraktion der SPD:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Spiegelfechtere ist ihrem Wesen nach ein fruchtloses und eigentlich unerfreuliches Geschäft, und doch habe ich das ungute Gefühl, daß ich mich genau damit, allerdings in einer sehr subtilen Form, hier auseinanderzusetzen habe. Warum?

Vor uns liegen drei Anträge der PDS: Sie betreffen sämtlich militärpolitische Fragestellungen, allerdings außerordentlich unterschiedlicher Art; das kam ja schon zum Ausdruck. In der Drucksache Nr. 181 stellt die PDS den Antrag, den Artikel 23 der DDR-Verfassung dahingehend zu verändern, daß die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft wird - scheinbar ein großes und ernstzunehmendes Unterfangen. Das wird sicher die Aufmerksamkeit junger Menschen im wehrpflichtigen Alter erregen und auch einige Wähler motivieren. Wieso spreche ich also von Spiegelfechtere? - Weil der Antrag an sich gegenstandslos ist, meine Damen und Herren. Schauen wir genauer hin. Das Gesetz soll am 1.10. in Kraft treten. Am 14. September werden die letzten Wehrpflichtigen in der DDR einberufen. Wir haben vor wenigen Tagen den Beitritt zum 3.10. beschlossen, dieses Datum konnten Sie nicht wissen.

(Zuruf: Das haben wir heute morgen beschlossen!)

Ja, vor wenigen Stunden. Entschuldigung. Aber daß ein zweiter Wehrpflichtigenjahrgang nicht einberufen wird, das war, glaube ich, allen von uns klar. Wozu also dieses ganze Gesetz?

Dann hätten wir später den Antrag einbringen müssen, wenn wir im Bundestag sind.

(Zurufe von der PDS)

Bitte schön, lassen Sie mich doch erst einmal ausreden. Sie sehen doch, daß die Sache, die sie vorgeschlagen haben, sinnlos ist, reine Spiegelfechtere.

(Beifall bei der SPD)

Es werden weitere Jahrgänge von Wehrpflichtigen nicht mehr einberufen, zumindest nicht mehr nach der Verfassung der DDR. Das ist doch wohl eine Tatsache. Diese Verfassung sollen wir antragsgemäß mal schnell ändern, nun gut. Es ist an sich klar, daß es sich hier wirklich um Spiegelfechtere handelt für